

**Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	07.09.05

---

**Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
(SI/3593/05) am 14.06.2005**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Karl-Friedrich Kühme

**von der CDU-Fraktion**

Frau Christine Autzen, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Jürgen Heinemann, Frau Jessika Naumann

**von der SPD-Fraktion**

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke, Frau Christa Stuhlreiter

**von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Paul Yves Ramette

**berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW**

Herr Christoph Grüneberg (WFW-Fraktion), Herr Dr. Dirk Krüger/PDS-Fraktion (bis 17.25 Uhr, einschl. TOP 9.3), Herr Manfred Todtenhausen (FDP-Fraktion)

**von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden**

Herr Eckhard Arens (Caritas in Wuppertal), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Wuppertal), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Frau Anneliese Füssel, Herr Günter Schwarz, Günter K. Schmalenbeck (alle Jugendring)

**als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes**

Frau Monika Lottmann (DPWV), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Helena Wendt (Gesamtelternrat Kindergärten), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Herr KHK Michael Dreiseitel (Polizei), Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Integration), Herr Dieter Verst (Leiter des Stadtbetriebs Jugend & Freizeit)

**als Vertreter/innen der Jugendräte**

Jens Quast, Ilias Bouaissa

### **als Vertreter/innen der Verwaltung**

Frau Friederike Krentz (201.0 - Kinder- und Jugendhilfe), Frau Christine Schmidt (201.JHP – Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (202 - Tageseinrichtungen für Kinder), Dietmar Kampmann (206.24 - Medienzentrum), Frau Michaela Scheer (207.3 - Familienbildungsstätte), Frau Elisabeth Ortkras (207.3 - Familienbildungsstätte), Herr Hans-Peter Krieg (208 - Jugend & Freizeit), Herr Sperling (400.2 - Zentrale Dienstleistungen)

Schriefführer: Norbert Korte

Beginn: 16:06 Uhr      Ende: 18:05 Uhr

Es besteht Einvernehmen, die als Tischvorlage ausliegenden Anträge der FDP-, SPD- und CDU-Fraktion nach dem Tagesordnungspunkt 9 zu behandeln.

Der **Vorsitzende** weist auf den ausliegenden Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Konferenz für Volkshochschule und Familienbildungsstätte zu Tagesordnungspunkt 5 hin.

Herr **Dr. Kühn** kündigt auf Nachfrage einen Vorschlag der Verwaltung zu den Möglichkeiten für die Tagespflege zur nächsten Sitzung an.

## **I.            Öffentlicher Teil**

---

### **1            Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.04.05**

Die Jugendräte **Ilias Bouaissa** und **Jens Quast** weisen auf Fehler in TOP 3 der Niederschrift hin. Die Demonstration gegen Fremdenhass und Rechtsradikalismus sei von den Jugendräten organisiert worden. Man habe sich nicht nur an der Organisation beteiligt. Im Übrigen gebe es nicht nur eine Arbeitsgruppe der Jugendräte für gesamtstädtische Themen.

Die Niederschrift über die Sitzung am 19.04.05 gilt unter Berücksichtigung dieser Änderungen damit als genehmigt.

---

### **2            Anliegen der Jugendräte**

Die Jugendräte **Ilias Bouaissa** und **Jens Quast** berichten über ihre Aktivitäten wie

- Die Beteiligung am Kinder- und Familienfest auf der Hardt
- Die Beteiligung am Jugend-Kulturfestival in der Barmer City
- Den zweiten Workshop zu den Aufgaben und Zielen der Jugendräte.

Die Demonstration gegen Fremdenhass und Rechtsradikalismus am 8. Mai sei ein Erfolg gewesen, auch wenn die Beteiligung wegen des Regens nicht ganz den Erwartungen entsprochen hätte.

---

### **3            Einrichtung eines Ressorts Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt – Vorlage: VO/0613/05**

**Herr Mucke** stimmt der Neuorganisation in der geplanten Form für seine Fraktion zu. Er bezweifelt jedoch, ob die nach der Vorlage einzurichtende Lenkungsgruppe aufgrund ihrer geschäftsbereichsübergreifenden Zusammensetzung über-

haupt arbeitsfähig sein wird. Hinsichtlich eines Unterausschusses Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung äußert er rechtliche Bedenken. Er bittet um Klärung mit dem Justitiariat.

**Herr Dr. Kühn** erinnert an die Diskussion im vergangenen Jahr und den Beschluss des Rates der Stadt zur engeren Verzahnung von Jugendhilfe und Schule. Er kündigt an, den Ausschuss in der ersten Sitzung nach der parlamentarischen Sommerpause über die weitere Entwicklung zu unterrichten.

**Herr Schmalenbeck** spricht sich im Sinne des Ansehens des Amtes dafür aus, die kommissarische Leitung der Verwaltung des Jugendamtes möglichst schnell zu beenden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Die Einrichtung eines Ressorts Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt - wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

---

**4 Bestellung des kommissarischen Leiters der Verwaltung des Jugendamtes  
Vorlage: VO/0614/05**

**Herr Verst** verlässt für die Dauer der Beratung dieses Tagesordnungspunktes den Sitzungsraum. Es bittet kein Ausschussmitglied um Worterteilung.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Die beabsichtigte kommissarische Bestellung des Herrn Dieter Verst zum Leiter der Verwaltung des Jugendamtes wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

---

**5 Gründung einer Bergischen Weiterbildungseinrichtung**

---

**5.1 Gründung einer gemeinsamen Einrichtung der Bergischen Weiterbildung durch die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal  
- Grundsatzbeschluss - Vorlage: VO/0643/05**

---

**5.2 Gründung einer gemeinsamen Einrichtung der Bergischen Weiterbildung durch die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal  
- Grundsatzbeschluss - Vorlage: VO/0643/05/1**

---

**5.3 Begleitantrag der SPD-Ratsfraktion Wuppertal zur Drs.-Nr. VO/0643/05 vom 6. Juni 2005: Gründung einer gemeinsamen Einrichtung der Bergischen Weiterbildung durch die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal  
Vorlage: VO/0780/05**

Der **Vorsitzende** erläutert die von der Verwaltungsvorlage abweichende Beschlussfassung der Konferenz für Volkshochschule und Familienbildungsstätte der Stadt Wuppertal (VHS-Konferenz) und schlägt vor, sich diesem Beschluss anzuschließen. Einwände werden gegen den Vorschlag des Vorsitzenden nicht erhoben.

Die VHS-Konferenz empfiehlt, in Ziffer 1, Satz 2, der Verwaltungsvorlage das Wort „wesentlich“ zu streichen. Bei der Ziffer 5 soll eine Ergänzung vorge-

nommen werden, sodass es heißt: „Die Verwaltung wird beauftragt transparent und im Hinblick auf Gestaltungsformen ergebnisoffen gemeinsam mit den Verwaltungen ...“

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.05 (Drs.-Nr. VO/0780/05) ist von der VHS-Konferenz inhaltlich als Begleitdrucksache zur Verwaltungsvorlage beschlossen worden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

1. Der Rat bekräftigt seine Absicht, die Aufgaben der Weiterbildung aus Remscheid, Solingen und Wuppertal künftig gemeinsam wahrzunehmen. Voraussetzung ist, dass durch die Kooperation keine Kürzungen der für die einzelnen Bereiche derzeit gewährten Fördermittel erfolgen und eine entsprechende haushaltsmäßige Entlastung in allen drei Städten nachgewiesen wird.
2. In die gemeinsame Einrichtung mit Sitz in Solingen sollen eingegliedert werden:
  - aus Remscheid: die Volkshochschule und die Regionalstelle Frau und Beruf
  - aus Solingen: die Volkshochschule mit Regionalstelle Frau und Beruf sowie die Familienbildungsstätte
  - aus Wuppertal: der Stadtbetrieb Weiterbildung mit Volkshochschule, Familienbildungsstätte und Zentrum zur beruflichen Frauenförderung.
3. Mit der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Weiterbildung soll sichergestellt werden, dass das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal qualitativ und quantitativ auf einem hohen Niveau gewährleistet wird.
4. Die Aufgabenwahrnehmung in einer gemeinsamen Einrichtung soll auf eine langfristige verbindliche Basis gestellt werden und die gleichberechtigte Teilhabe der beteiligten Städte sicherstellen. Die Form der gemeinsamen Wahrnehmung von überwiegend hoheitlichen Aufgaben der Weiterbildung soll sich an den Gestaltungsmöglichkeiten des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) orientieren.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, transparent und im Hinblick auf Gestaltungsformen ergebnisoffen gemeinsam mit den Verwaltungen der Städte Remscheid und Solingen bis zum Herbst 2005 die notwendigen rechtlichen, organisatorischen, konzeptionellen, technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Kooperation zum 01. Januar 2006 zu erarbeiten und dem Rat als Durchführungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.05 (Drs.-Nr. VO/0780/05) wird inhaltlich als Begleitantrag zur Drs.-Nr. VO/0643/05 beschlossen.

Einstimmigkeit

**Herr Dr. Kühn** sieht gute Chancen, dass das Land der neuen Konzeption zustimmt und sich an der Finanzierung des Umbaus im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms 2006 beteiligt.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich Frau Güster, Herr Ramette, Herr Schmalenbeck, Herr Mucke, Herr Schwarz, Herr Geisendörfer und Jugendrat Jens Quast.

**Herr Verst** weist darauf hin, dass im Haus der Jugend Barmen bereits seit 1998 keine offene Jugendarbeit mehr geleistet wird. Stattdessen hätten sich die Bemühungen auf die Jugend-Kulturarbeit konzentriert. Offene Jugendarbeit solle in einem anderen Gebäude angeboten werden. Die erforderlichen finanziellen Mittel müssten im Rahmen von Umschichtungen bereit gestellt werden. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten gestalte sich aber als schwierig.

Von den 2004 im Haus der Jugend registrierten Besucherinnen und Besuchern seien zwei Drittel unter 27 Jahre alt gewesen. Besucherzahlen für die Kunsthalle könne man nicht nennen. Das Gebäude werde von der Kunst, sowie der Bibliothek und der Jugendkulturarbeit zu gleichen Teilen genutzt. Mit dem neuen Namen „Zentrum für JungeKunstKultur“ solle ein neuer Anfang gemacht werden, denn ein Haus der Jugend sei das Gebäude auch schon in der Vergangenheit im eigentlichen Sinn nicht gewesen. Der Stadtbetrieb beschäftigte im Haus der Jugend etwa 20 Mitarbeiter/innen, darunter 6 hauptamtliche einschl. Hausmeister und Pförtner. Bei diesem Mitarbeiterstab solle es auch nach dem Umbau bleiben. Falls das Land keinen Zuschuss im Rahmen des Stadterneuerungsprogramms bewillige, müsse man sich im kommenden Jahr auf die Umsetzung der Vorgaben für den Brandschutz beschränken.

**Frau Güster** spricht sich gegen eine Namensänderung aus. Sie plädiert für eine Ausweitung der Angebote speziell für Jugendliche.

**Herr Verst** erläutert, dass die Einbeziehung der offenen Jugendarbeit in den Zuschussantrag zu einer Ablehnung durch das Land führen könne. Offene Jugendarbeit und Jugendkulturarbeit stellten im Übrigen eine sich in diesem Haus weitestgehend gegenseitig ausschließende Nutzung dar. Letztlich gehöre aber auch die Jugendkulturarbeit zur Jugendarbeit.

**Herr Mucke** schlägt vor, die Bezeichnung „Haus der Jugend“ als Ergänzung beizubehalten.

**Herr Dr. Kühn** weist darauf hin, dass das Land nur für etwas Neues einen Zuschuss bewilligen wird. Es reiche nicht aus, nur das bereits Bestehende zu verbessern.

#### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Der neuen Konzeption für das Haus der Jugend Barmen sowie den Plänen für einen Umbau werden gemäß Anlage zugestimmt.

Einstimmigkeit

---

7

#### **Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung für das Medienzentrum der Stadt Wuppertal** **Vorlage: VO/0725/05 (Neuf.)**

Die Rabatterhöhung von 25 auf 75 % sieht **Herr Schwarz** als nicht ausreichend an. Dieser Kompromissvorschlag sollte nach seiner Auffassung nur ein erster Schritt sein.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Die Neufassung der Verleih- und Nutzungsordnung gemäß Anlage 01 einschließlich der Entgeltordnung Anlage 02 wird beschlossen.

Einstimmigkeit

---

**8 Tageseinrichtungen für Kinder**

---

**8.1 Erweiterung des Onlineangebotes zur Kinderbetreuung in Wuppertal  
Antrag der FDP-Fraktion vom 22.04.2005 Vorlage: VO/0561/05**

**Frau Weidenbruch** stellt das Online-Angebot des Stadtbetriebs Tageseinrichtungen für Kinder zur Kinderbetreuung vor. Die Eltern könnten sich über das Internet auch ein Anmeldeformular für die städtischen Einrichtungen ausdrucken lassen. Wegen der fehlenden Unterschrift sei eine direkte Anmeldung eines Kindes über das Internet aber noch nicht möglich.

Der **Vorsitzende** und **Herr Todtenhausen** halten eine Verlinkung zu den Online-Angeboten der freien Träger für sehr wichtig. Herr Todtenhausen weist auch auf die weiteren Anregungen im Antrag seiner Fraktion hin, die nach Möglichkeit umgesetzt werden sollten. Der Antrag seiner Fraktion sei aber mit der Antwort der Verwaltung inhaltlich erledigt.

Jugendrat **Jens Quast** schlägt vor, die Online-Darstellung einfacher zugestalten. Im Umgang mit dem Internet Ungeübte würden sonst schnell aufgeben.

**Herr Dr. Hamburger** hält die angesprochene Verlinkung der Angebote wegen des damit verbundenen hohen Personalaufwandes zurzeit für nicht durchführbar.

**Frau Weidenbruch** erläutert, dass die Adressen der Einrichtungen der freien Träger im städt. Online-Angebot hinterlegt sind.

**Frau Güster** erinnert in diesem Zusammenhang an den Auftrag an die Verwaltung zur Erweiterung des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige.

**Herr Dr. Kühn** berichtet, dass über diese Frage zurzeit im Zusammenhang mit dem Haushaltsplanverfahren diskutiert wird. Im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt sieht er aber kaum Möglichkeiten für größere Fortschritte.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Nach dem Vortrag der Verwaltung gilt der Antrag damit gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung in der Sache als erledigt.

Einstimmigkeit

---

**8.2 Umwandlung von Gruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder  
Vorlage: VO/0671/05**

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen und die Zustimmung des Jugendhilfeausschusses unter den Vorbehalt des Einverständnisses der betroffenen Bezirksvertretungen zu stellen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Der Umwandlung von 4 Gruppen in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder ab 01.08.2005 wird gemäß der Anlage - vorbehaltlich der Genehmigung des Landesjugendamtes und dem Einverständnis der betroffenen Bezirksvertretungen - zugestimmt.

Einstimmigkeit

---

**8.3 Sprachförderung in städt. Tageseinrichtungen für Kinder**  
**Vorlage: VO/0749/05**

Zum Thema Sprachförderung hat der Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder eine kleine Ausstellung zur Information der Ausschussmitglieder und der Besucher vorbereitet.

**Frau Weidenbruch** erläutert die Vorlage. Sie betont, dass 42 % der 3.800 Kinder in städt. Tageseinrichtungen für Kinder in Familien leben, für die Deutsch nicht die Muttersprache ist. Es gebe mittlerweile Quartiere, in denen kein Kind mehr mit der Muttersprache Deutsch aufwache. Vor diesem Hintergrund sei die Sprachförderung in den städtischen wie auch in den Einrichtungen der freien Träger stark ausgeweitet worden.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen benötigten die Kinder mindestens sechs Jahre, um auch schwierige Sachzusammenhänge sprachlich erkennen zu können. Die Förderung in den Kindertageseinrichtungen reiche deshalb nicht aus.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Der Bericht über die Sprachförderung in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder wird ohne Beschluss entgegengenommen.

---

**9 Eingliederungsmaßnahmen für Leistungsempfängerinnen und -empfänger des neuen Arbeitslosengeldes II** **Vorlage: VO/0641/05**

**Herr Dr. Kühn** erläutert die Vorlage.

**Herr Mucke** bittet um einen ersten Erfahrungsbericht vor der parlamentarischen Sommerpause im kommenden Jahr.

**Herr Dr. Kühn** äußert sich auf Nachfrage von **Herrn Dr. Krüger** zu den Verfahrensabläufen. Die hilfebedürftigen Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen würden von den Fallmanagern der ARGE den beteiligten Suchtkrankenhilfe- und Schuldnerberatungsstellen der beteiligten freien Träger zugewiesen. Entsprechende Verträge werde man in Kürze ausarbeiten. Das Fallmanagement in der ARGE müsse allerdings noch aufgebaut werden. Zuerst einmal habe die Leistungsgewährung im Vordergrund gestanden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Die in den Unterabschnitten 1210, 4580, 4581 und 4700 veranschlagten institutionellen Zuschüsse an:

Blaukreuz-Zentrum Wuppertal	Beratungsstelle für Drogenprobleme
Caritas in Wuppertal	Freundes- und Förderkreis
Diakonie Wuppertal	Suchtkrankenhilfe
Arbeiterwohlfahrt, Kreisverb. Wuppertal	Verbraucherzentrale NRW

Werden in diesem Jahr um insgesamt maximal 33.000 € und ab 2006 um jährlich 100.000 € zugunsten der für Empfängerinnen und Empfänger des neuen Arbeitslosengeldes II im Rahmen der Eingliederungsmaßnahmen nach § 16 Abs. 2 SGB II zur Verfügung stehenden Mittel gekürzt.

Einstimmigkeit bei Stimmenthaltung von Herrn Schmalenbeck.

---

<b>10</b>	<b>Mittagsverpflegung an Schulen mit Ganztagsbetreuung</b>
-----------	--

---

<b>10.1</b>	<b>Mittagsverpflegung an Ganztagschulen - Antrag der FDP-Fraktion -</b> <b>Vorlage: VO/0794/05</b>
-------------	---

---

<b>10.2</b>	<b>Regelmäßiges Mittagessen kostenfrei Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und WfW vom 07.06.2005</b> <b>Vorlage: VO/0797/05</b>
-------------	--

---

<b>10.3</b>	<b>Anderungs- und Ergänzungsantrag Mittagessen an Ganztagschulen - Antrag der CDU-Fraktion -</b> <b>Vorlage: VO/0830/05</b>  Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des <b>Vorsitzenden</b> zu folgen, über die Fraktionsanträge in der heutigen Sitzung nicht zu beraten. Die Fraktionen werden vielmehr gebeten, bis zur kommenden Sitzung des Hauptausschusses bzw. des Rates der Stadt einen gemeinsamen Antrag zu entwickeln.
-------------	---

---

<b>11</b>	<b>Berichte</b>
-----------	-----------------

---

<b>11.1</b>	<b>XX. Welt-Jugendtag 2005</b>  <b>Frau Hellmann</b> berichtet über die umfangreichen Vorbereitungen zum Weltjugendtag in Köln, zu dem Pilger aus aller Welt auch nach Wuppertal kommen. Sie dankt der Stadt Wuppertal für die intensive Unterstützung.
-------------	---

---

<b>11.2</b>	<b>Bericht der städt. Familienbildungsstätte zur erweiterten Durchführung des Familienbildungsprogramms FAST ("Families and School Together") an Wuppertaler Grundschulen und zum Ausbau der Kooperationen von Familienbildung, Jugendhilfe und Schule</b> <b>Vorlage: VO/0708/05</b>  <b>Frau Ortkras</b> berichtet über die positiven Erfahrungen mit dem Familienbildungsprogramm FAST und beantwortet Fragen von Jugendrat Jens Quast und Herrn Ramette.  Der <b>Vorsitzende</b> bedauert, dass das FAST-Programm nicht zu den Pflichtleistungen gehört.  <u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:</u>  Entgegennahme ohne Beschluss.
-------------	---

---

<b>11.3</b>	<b>Standards für Jungenarbeit, Bericht zu den Angeboten im 1. Halbjahr 2005</b> <b>Vorlage: VO/0739/05</b>  Der <b>Vorsitzende</b> sieht es als wichtig an, dass dem Gendergedanken nun auch bei den Jungen Rechnung getragen wird. Die Vorlage sei ein guter Einstieg,
-------------	--



müsse aber jetzt nach und nach noch mit Inhalten ausgefüllt werden.

**Herr Ippendorf** hält die vom Stadtbetrieb Jugend & Freizeit für eine gute Zusammenfassung dessen, was sinnvoll ist.

**Herr Verst** erläutert die Vorlage. Sie stelle einen ersten Einstieg in eigentliche Arbeit ein. Von neun hyperaktiven Kindern seien acht Jungen, in 28 von 32 typischen Kinderkrankheiten die Jungen deutlich in der Überzahl. Allein diese beiden Beispiele zeigten, dass gerade für die Jungen mehr getan werden müsse, sich ihre Situation aber sehr differenziert darstelle. Jungen würden zunehmend häufiger ohne männliche Bezugspersonen in der Familie, im Kindergarten und in der Grundschule heranwachsen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 14.06.2005:

Die Standards für Jungenarbeit im Stadtbetrieb Jugend & Freizeit sowie der Bericht zu den Angeboten im 1. Halbjahr 2005 werden ohne Beschluss entgegengenommen.

---

**12 Wünsche und Anregungen**

**Herr Dr. Kühn** hofft auf einen positiven Abschluss der Gespräche mit dem Personalrat, damit dem Ausschuss nach der Sommerpause die schon vor längerer Zeit zugesagte Vorlage zur Öffnung der Schulhöfe außerhalb der Schulzeit vorgelegt werden kann.

**Frau Lottmann** erkundigt sich nach dem Sachstand für die Aufstellung der Jugendförderpläne. **Herr Verst** geht davon aus, dass die Vorgaben des Landes im September den Jugendämtern zugehen werden. Die Verwaltung sei aber bereits im Gespräch mit den freien Trägern.

**Herr Schwarz** weist auf die Gedenkfeier am 2. Juli am KZ-Mahnmal Kemna hin.

Kühme  
Vorsitzender

Korte  
Schriftführer